

Sür ganz Großbritannien und Irland nimmt Bestellungen entgegen die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 3 Brook Street Grosvenor Square, London, W. und 32 Princess Street, Manchester.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage um 5 Uhr Nachmittags. Bestellungen werden in der Expedition (Berbergasse 2) und auswärts bei allen Kgl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inventionsgebühr 1 Sgr. pro Zeitzelle oder deren Raum. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer, Kurstraße Nr. 50, in Leipzig: Heinrich Hübnert; in Altona: Haafenstein u. Vogler; in Hamburg: S. Turlheim.

Danziger Zeitung.



Organ für West- und Ostpreußen.

Ämtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst gerubt: Den Justizrath Bornemann, Corps-Major vom 8. Armeecorps, zum Geheimen Kriegsrath und vortragenden Rath im Kriegsministerium zu ernennen; so wie den Oberbauinspector, Bauath Pohlmann zu Breslau zum Regierungsrath und Bauath zu befördern; und dem Banquier Leopold Kempner zu Glogau den Charakter als Commerzienrath zu verleihen.

Die Schutzmittel gegen Verarmung.

Sind überschüssige Arbeitskräfte, d. h. mehr als Capital vorhanden, sie zu beschäftigen, so ist dies ein wirtschaftliches Mißverhältnis, das entweder der Tod ausgleichen muß, oder nur dadurch erträglich wird, daß die übrigen einen Theil ihres Vermögens oder Einkommens hergeben, um die unbeschäftigten Arbeiter nebst Familien so lange durchzuführen, bis der Capitalmangel beseitigt ist.

Welche Hindernisse der Capitalbildung entgegen stehen in Folge wirtschaftswidriger staatlicher Einrichtungen, hat Herr Prince Smith klar und vollständig auf dem letzten Elbinger Congreß auseinandergesetzt, sowohl was der Staat unnütz an Vermögen und Einkommen der Staatsbürger verschwendet, als welche Eingriffe er in die freie unbeschränkte Verwendung des Vermögens und ins Erwerbsleben macht. Capital wird jeder Ueberschuß vom laufenden Einkommen, der weiter als verbendes Vermögen angelegt wird. Je freiere Verwendung möglich, desto größer und sicherer der Ertrag, desto größere Ersparnisse zu machen, desto mehr neue Mittel gegeben, Arbeitskraft in neue fruchtbringende Thätigkeit zu setzen.

Es ist klar, daß durch willkürliche Brachlegung des productiven Vermögens, durch unproductive Consumption und Verschwendung, auf die eben verwiesen, die Ausgleichung des Capitalmangels nur erschwert wird. Die Krankheit der Armuth ist dadurch zu einem chronischen Sickness geworden, zu einem Elend, das viel größer und bitterer ist, als die Ausgleichung auf dem natürlichsten Wege durch den Tod.

Es ist in der That kein leicht wiegender Vorwurf, der unseren staatlichen Verhältnissen zu machen, daß sie einen Theil von Arbeitskräften fortwährend geradezu ins Grab, und nicht mal durch einen plötzlichen Gnabensstoß, sondern auf dem furchtbaren Wege der Beseelung mit all ihren Folgen drängen, den sie zu versäßen mit den Früchten ihrer Armenpflege unternehmen. Und wer nicht leben, nicht sterben kann und sich auch nicht langsam zu Tode pflegen lassen will, den weisen sie vom heimathlichen Boden fort in das unsichere Geschick fremder Länder und Welten.

Es ist ein Glück, daß es in der Welt noch Raum außerhalb unseren Verhältnissen giebt und es ist auch höchst löblich, daß der Mensch allmählig den ganzen mütterlichen Erdkreis sich dienstbar und wirklich macht und Noth mehr als Abenteuersucht und Bier nach mühelosem Reichthum, angestachelt durch Märchen von Wundergeschichten und Wunderländern treiben ins Weite. Aber der Wirth hat streng zu berechnen, wie Veranlassung und Methode zu dem Zustand paßt, den herbei zu führen wir zu wirtschaften

Eine phrenologische Studie.

Gall's Schädellehre, über welche die deutsche Wissenschaft längst im Reinen ist, hat in Italien noch sehr zahlreiche Anhänger und wurde kürzlich auch zu Experimenten an Garibaldi benutzt, über welche ein italienisches Blatt Folgendes berichtet:

Ein italienischer Arzt, Riboli, hat Garibaldis weltberühmte Gutmüthigkeit benutzt, ihm den Schädel zu untersuchen, und veröffentlicht nun einen überaus langen Bericht nebst einem drei Zeilen langen Bilet Garibaldis für die erwiesene Aufmerksamkeit. Der italienische Arzt begleitete Bizio, Deideri, Becchi und einige andere Vertraute Garibaldis am 23. Januar nach Caprera. Die Insel Maddalena, die nur eine gute Stunde von Caprera entfernt liegt, bildet jetzt das Karawanenraus der Neugierigen, die Garibaldi sehen wollen. Unser Phrenolog fand daselbst zwei englische Dampfer, die Touristen gebracht hatten, so wie die Dumas'sche Golette „Tuma“. Auf Maddalena wohnt die Familie Sufini, mit der Garibaldi sehr befreundet ist. Der alte Sufini kaufte das „Gut“ auf Caprera für Garibaldi für ganze 50 Lire. Caprera ist ein fast nackter Felsen. Unser Phrenolog fand bei Garibaldi mehrere Engländer, darunter den Neffen des Lord Derby. Als die Engländer fort waren, fing Garibaldi wieder an, Steine zu einer Mauer zu behauen, mit der er seinen Garten umgiebt, während das junge Bälkchen, voran Garibaldis Tochter Teresita, in einem der sechs Zimmer des Hauses bei der Muffel eines Claviers tanzte. Das größte Zimmer und der gewöhnliche Sammel- und Speisepfad ist die Küche, in der Garibaldi auch deshalb so gern sitzt, weil sie die Aussicht aufs Meer hat. Herr und Frau Deideri, letztere führt den Haushalt, haben einiges Vermögen, 60,000 Lire etwa, und, da sie kinderlos sind, Teresita zu ihrer Erbin eingesetzt. Der Phrenolog untersuchte Garibaldi 25 Minuten lang und giebt ein genaues Maß von des Mannes Körperverhältnissen. Garibaldi ist 1 Metre 64 Centimetres hoch, sehr proportionirt, doch ungemein kräftig gebaut; sein Temperament ist „nervös-sanguinisch“.

Sein Kopf mißt vom Ohr bis zum Wirbel 20 Centimetres und hat eine „exceptionelle Organisation“; sein Schädel zeichnet sich durch ganz ungewöhnliche Harmonie aller Organe aus. Als Eigenschaften sind nach Gall's System folgende in eminentem

uns überhaupt Mühe geben. Er wird die Noth nicht lieb gewinnen, weil sie oft Veranlassung ist, die Welt immer weiter zu colonisiren. Er wird verlangen, daß mit den überschüssigen Arbeitskräften auch auf diesem Wege streng hausgehalten wird. Daher sollte das Auswanderungswesen, viel mehr als bis jetzt geschehen, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich richten, namentlich da, wo sich Symptome von Auswanderungsbedürfnis in größern Dimensionen zeigen.

Hier hat man sich bei Zeiten an den Gedanken einer neuen Heimath zu gewöhnen und wieder die Association der Bedürftigen zu Hilfe zu nehmen, um in den Stand gesetzt zu werden, Länder und Welttheile in Bezug auf sicherste Ausflüchte gewissenhaft zu prüfen, sich mit den zu erwartenden Verhältnissen genau vertraut zu machen, die nothwendigsten Bedürfnisse zu erkunden und für sie gemeinschaftlich Sorge zu tragen. Solche Auswanderer-Compagnien werden eine sichere Grundlage für den neu zu begründenden Wohlstand in der neu zu gewinnenden Heimath sein und einen festen Damm bilden gegen die Mißverhältnisse, die schon, zu Millionen, Arbeitskräfte und kleine Vermögen zu Grunde gerichtet haben, für die übrige Welt in ihrer Wirksamkeit spurlos verloren.

Dieser Verlust muß aber jeden dazu auffordern, von ferner Möglichkeit bei Zeiten die Vetheiligten abzumahnern und sich selbst dadurch einen Gefallen zu thun. Denn die neu zu begründende Heimath der Auswanderer wird ein neuer Anhaltspunkt für die wichtigsten wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Beziehungen mit der alten. Sie erweitert den Einfluß des Geistes in der Bildung, die die alte ihren Ausziehenden mitgiebt, erhält den Nutzen des Kapitals und der Arbeitskraft, die sie erzogen und gesammelt, indem natürliche und liebgewordene Gewohnheiten Handels- und Verkehrsverhältnisse der alten Heimath mit der neuen schaffen, wodurch der alten neue Vortheile in Aussicht gestellt werden.

Deutschland.

Berlin, 6. Februar. Dem königl. sardinischen General Lamarmora ist der Rothe Adler-Orden erster Klasse, und seinen Begleitern, dem Oberst Conte Rosillante und Oberstlieutenant Ritter Variola, derselbe Orden zweiter Klasse verliehen worden.

Außer dem bereits mitgetheilten Amendement zur italienischen Frage hat der Abgeordnete v. Berg beantragt, in dem Adreßentwurf im vorletzten Alinea die Worte: „Eurer königlichen Majestät — zu leben“, zu streichen.

Im Abgeordnetenhaus ist von Reichensperger (Geldern) der von 32 Mitgliedern unterstützte Antrag eingebracht, das Haus wolle beschließen, die Erwartung auszusprechen, daß die königl. Staats-Regierung die erforderlichen Schritte thun werde, um die in den westlichen Provinzen eingeleitete Revision des Grundsteuer-Katasters baldmöglichst zu sistiren. — Die beigefügten Gründe lauten: „Durch die dem Hause der Abgeordneten zugegangenen Regierungen-Vorlagen, betreffend die anderweite Regelung der Grundsteuer wird die durch das Gesetz vom 21. Jan. 1839 angeordnete Revision nach Wesen und Zweck so erheblich alterirt, daß die dadurch herbeigeführten Kosten und Störungen in keinem Verhältnisse zu dem beabsichtigten Resultate stehen. Es

Grade vertreten: „große Selbstüberwindung, Klugheit und Kaltblütigkeit, natürliche Anlage zu Sittenstrenge, fast fortwährende Gedankenarbeit, treffende, ernste Beredsamkeit, vorherrschende Ehrlichkeit und Treue, ungläubliche Nachsicht und Geduld gegen seine Freunde, ungewöhnlicher Scharfblick, Menschen zu durchschauen.“ Dies das allgemeine Urtheil des Arztes, der einen wissenschaftlichen Bericht folgen lassen will. An Dienerschaft giebt es im Hause nur einen tauben Koch, im Uebrigen pumpt Jeder sich die Stiefel selbst, wenn er sie blank haben will. Garibaldi litt stark an Ohrenschermerzen, und unser Arzt legte ihm ein Pflaster auf; am andern Morgen aber stand Garibaldi nach wie vor um 5 Uhr auf und ging bald wieder an die Arbeit, an der Gartenmauer; ein Maurer von Maddalena mauerte, und Garibaldi fuhr auf einem Karren die Steine herbei. Während der vier Tage, wo Riboli in Garibaldis Hause verweilte, ward kein Wort von Politik gesprochen. Die Post brachte viele Briefe, doch an Zeitungen nur den „Diritto“, auf den Garibaldi abonniert hat, und die Londoner „Zukunftige Zeitung“ mit Garibaldis Portrait, das Riboli als durchaus nicht ähnlich bezeichnet.

Man liest in der deutschen „Pariser Zeitung“: Ueber die Aufführung des Tannhäuser glauben wir folgende authentische Einzelheiten geben zu können: Richard Wagner eröffnete die Aufführung seiner Oper mit zwei kühnen und gefährlichen Neuerungen, die in den Annalen der großen Oper Epoche machen werden. Im Tannhäuser wird zum ersten Male das unvermeidliche herkömmliche Tanz-Intermezzo fortgelassen und die bezahlte Klatsch-Anstalt unter dem Kronleuchter, die Claque, wird sich bei diesen Vorstellungen nur durch ihre Abwesenheit bemerkbar machen. Wir gratuliren Herrn Richard Wagner herzlich, daß es seinen Bemühungen gelungen ist, einen Mißbrauch zu beseitigen, gegen den schon alle Journalisten erfolglos zu Felde gezogen sind. Dieser zwei Haupt-Elemente eines Opern-Successes beraubt, hat sich das Directorium anderweitig zu entschädigen gesucht. In der Jagd, im zweiten Act, wird eine große Meute lebendiger Hunde „auf-treten“. Man behauptet sogar, daß sie nach dem neuen Normal-Diapason abgestimmt seien. Gleichzeitg bemerken wir, daß wir alle deutschen Blätter, welche dieser Umstand zur Behauptung

liegt im Interesse des Staates wie der beiden westlichen Provinzen, daß vor jedem weiteren Vorgehen der Erfolg jener Vorlagen abgewartet werde.“

(Elb. Ztg.) Die heute hier bekannt gewordene Nachricht, daß der preussische General, Graf v. Waldersee, welcher unlängst zur feierlichen Notifikation des Thronwechsels an den königlich schwedischen Hof entsendet worden, auf der Durchreise in Kopenhagen vom Pöbel insultirt sei, liefert, wenn sie sich bestätigt, einen beklagenswerthen Beweis dafür, bis zu welchem Grade der politische Fanatismus gerade gegen Preußen in Dänemark durch eine ziellose und läugerische Presse angestachelt ist. Am Hofe von Kopenhagen ist die Thronbesteigung unseres Königs bekanntlich nur durch den dreiseitigen Gesandten v. Balan offiziell angefangen worden, weil bei der feindseligen Haltung Dänemarks die Abordnung eines außerordentlichen Botschafters — was immerhin ein Zeichen besonderer Höflichkeit und Freundschaft zu sein pflegt — nicht angemessen erschienen war. Dies ist es, was man in der dänischen Hauptstadt sehr übel vermerkt zu haben scheint, und weshalb die Pöbelinsulten sich gerade gegen den nach Schweden abgeordneten preussischen Ambassador gerichtet haben mögen. Die Mission des Grafen Waldersee wird, so hofft man, von einem günstigen Erfolge in Bezug auf die Haltung Schwedens in der dänisch-deutschen Differenz begleitet sein, was um so mehr zu wünschen wäre, als im Allgemeinen die öffentliche Meinung in Schweden auf Seite Dänemarks ist. Sowohl das verbreitetste liberale Tagesblatt Stockholms, als auch das Organ der schwedischen Conservativen sind schon seit längerer Zeit der bittersten und gehässigsten Angriffe gegen Preußen und Deutschland voll, und die dortige Regierung würde, selbst wenn sie es wollte, nicht im Stande sein, im Widerspruche mit der öffentlichen Stimme des Landes sich auf die Seite der unterdrückten deutschen Herzogthümer zu stellen. Ueber die politische Anschauung des Stockholmer Cabinet's lassen sich aber die wiederholten Erklärungen desselben, mittelst deren es den Rechtszustand Dänemarks zu dem seinigen gemacht hat, keinen Zweifel übrig. Sollte also auch die früher verbreitete Nachricht von einem zwischen Dänemark und Schweden bestehenden Schutz- und Trug-Bündnisse unbegründet sein, so würde wenigstens auf eine Beihilfe Schwedens in der Bekämpfung der dänischen Präentionsen keinesfalls zu rechnen, und im günstigsten Falle nur eine vollkommene Neutralität der vereinigten Königreiche Schweden und Norwegen zu erwarten sein.

In Erwiderung auf eine von dem Herrn v. Vincke in dem Abgeordnetenhaus ausgesprochene Behauptung über den „Publicist“ veröffentlicht der Redacteur des „Publicisten“ in den Berliner Zeitungen folgende Erklärung:

Der Herr von Vincke hat in der Dienstags-Sitzung des Hauses der Abgeordneten die Tribune dazu benutzt, unwahre Angaben über den „Publicist“ und die angebliche Stellung dieser Zeitung zu dem Vorstande des politischen Druckchriften-Bureaus in Berlin zu verbreiten. Ich habe Veranlassung genommen, ein Schreiben deshalb an Herrn von Vincke zu richten. Berlin, den 5. Februar 1861. Dr. A. F. Thiele.

(N. Pr. Ztg.) Von dem Ministerium des Innern soll bezüglich etwaiger Nachwahlen zum Abgeordnetenhaus bereits

veranlaßt, „der Tannhäuser sei in Paris auf den Hund gekommen“, wegen Nachdruck gesetzlich verfolgen. Die Uebersetzung verdankt man einem unserer Landesleute, dem beliebten Liedersänger und Componisten Richard Lindau, welcher, im Verein mit Herrn Roche, eine, wie wir hören, sehr gelungene Arbeit geliefert hat. Man spricht auch von einem dritten Uebersetzer, Herrn Nutter, der auf Wunsch des Herrn Royer die Versification der ursprünglich ungereimten Recitative übernommen hat. In wie fern diese Gerüchte Glauben verdienen, wissen wir nicht. Nur wissen wir, daß weder Herr Roche noch Herr Nutter eine Silbe Deutsch versteht.“

Aus Holland wird über den Deichbruch bei Leeuwen berichtet: „Das Wasser strömte bei dem Bruche mit einer so furchtbaren Gewalt nach innen, daß fünf Schiffe, darunter ein mit Heu beladenes, aus dem Fluße mit durch die Deffnung hindurch gerissen wurde. Ein früherer Deichbruch inundirte, wie bekannt, den Bommelerwaard von Wondrichem bis zum Fort St. Andries, wo die Maas und Waal zusammenstreffen, der jetzt überströmte aber die noch bei Weitem größere Strecke vom Fort St. Andries bis Nymwegen, so daß der ganze, unter dem Namen Land von Maas und Waal bekannte fruchtbare Strich inundirt worden ist.“ Unsere neueste telegraphische Depesche aus Arnheim von gestern Abends lautet: „Das Fluthwasser in dem inundirten Lande zwischen Maas und Waal ist noch steigend, wodurch das Unglück immer mehr vergrößert wird. Der Rhein ist bei Arnheim eisfrei, und das Wasser fällt, niederwärts aber steigt es. Das Waal-Gis steht unterhalb Ziel noch fest. Die Wasserauffstauungen bedrohen jetzt auch die Landstriche zwischen der Waal und dem Rheine. Der König und die Bringen suchen sich allerwärts mit eigenen Augen über die Lage der Unglücklichen zu unterrichten und leisten, trotz der ihnen drohenden Gefahren, viel Hilfe.“

Der in ganz Europa berühmte Schachspieler Horwitz hat in Wien, wo er es vielleicht am wenigsten erwartet hat, einen seiner würdigen Gegner gefunden. Er wurde in dem diesjährigen Schachturnier von dem Ministerialsecretär Gamp in zwei Partien glänzend geschlagen. Hr. Gampes geniales, durch große Ruhe sich auszeichnendes Spiel hat sich die Bewunderung aller Fachkenner errungen.

Südafrika erhielt im Jahre 1860 seine erste Eisenbahn, und zwar in der englischen Colonie Natal. Dieselbe ist allerdings nur zwei Meilen lang und erstreckt sich von Point (dem Landungsplatz der Natalbai) bis in die Mitte der Stadt Durban. Sie wurde am 27. Juni, gerade am 18. Jahrestage der Besiznahme der Colonie durch die Engländer, eröffnet.

vor einiger Zeit die Bestimmung ergangen sein, daß der die Wahl leitende Commissarius nicht von der Provinzial-Regierung, sondern von dem Ministerium ernannt wird. Wir können uns eine solche Anordnung nicht recht denken, als etwa dahin, daß denn doch auch in der neuen Aera ein gewisses Interesse der Ministerial-Instanz an dem Ausfall der Wahlen stattfindet.

(D. A. Z.) Zur Vorbereitung für die Adressdebatte hatte Seitens der Fraction v. Vinke vor einigen Tagen eine höchst interessante Sitzung stattgefunden, welche bis spät, 10½ Uhr, dauerte. Von den verschiedenen Amendements, welche zu dem Adressentwurf beantragt wurden, erhielten zwei die Genehmigung der Fraction. Eins bezieht sich auf Italien. Die Fraction steht ganz auf dem Standpunkt der Freunde der Einheit Italiens. Sie hat die Ueberzeugung, daß das Festungsviereck, resp. Venedig, zur Sicherung Deutschlands durchaus nicht notwendig sei. Vom Generalmajor Abg. Stavenhagen wurde die entgegengesetzte Theorie in wahrhaft glänzender Weise zu Boden geworfen; er wies nach, wie, während zur Haltung des Festungsvierecks und Venedigs überhaupt eine große Armee nöthig, in den Alpenpässen schon 20,000 Mann zur Sicherung der deutschen Grenzen vollkommen genügen. Wegen dieser großen Sicherheit, welche die Alpen als Verteidigungsmittel gewährt, sei denn auch die Furcht, daß durch eine Hingabe Venedigs Süddeutschland Gefahren ausgesetzt sei, unbegründet. Angenommen, daß es einer feindlichen Armee wirklich gelänge, durch die Alpenpässe nach Süddeutschland durchzudringen, so würde wegen der durch die Alpenpässe erschwerten Rückzugslinie schon eine einzige verlorene Schlacht genügen, um die feindliche Armee vollkommen aufzureiben. Aus diesem Grunde würde ein Zug durch die Alpenregion nach Süddeutschland denn auch das letzte sein, was einem vernünftigen Feldherrn einfallen könnte. Zu diesen strategischen Momenten komme nun noch die politische Seite, nämlich die Frage hinzu: ob an einen Krieg zwischen uns und dem einmal geeinigten Italien überhaupt wohl jemals zu denken? Die Gleichartigkeit der Interessen wiesen auf gegenseitige Sympathie und das beste nachbarschaftliche Verhältnis mit Nothwendigkeit hin. Das zweite Amendement bezieht sich auf die deutschen Verhältnisse.

* In Folge der Aufforderung einer großen Zahl von Berliner Urwählern ist vom Dr. D. Hübler folgende Petition entworfen worden. Hohes Haus der Abgeordneten!

Das Wahlgesetz vom 30. Mai 1849 bestimmt in § 21 und 30, daß sowohl die Urwähler als die Wahlmänner ihre Stimme zu Protokoll geben müssen.

Diese Art der Abstimmung macht die Wähler abhängig. Der Gewerbetreibende läuft bei jedem solchen Wahlakte Gefahr, die Unzufriedenheit Derjenigen zu erregen, welche die Gewerbe-Concessionen erteilen oder widerrufen, und welche die Lieferungen und Arbeiten für öffentliche Anstalten vergeben. Er läuft Gefahr, seine Privatstunden zu verlieren. Diese Gefahren sind in den meisten Fällen eine Gräueltat.

Der Beamte, der Militär ist in keiner besseren Lage. Er kann meistens gegen die Ansicht Derjenigen, von welchen sein Avancement abhängt, nicht stimmen, ohne auf dieses zu verzichten.

Der Fabrikarbeiter hat seine Entlassung zu befürchten, wenn er anders als sein Arbeitgeber stimmt.

Es fehlt nicht an Beispielen, daß brave Männer mit ihren Familien ruiniert worden sind, weil sie durch Ausübung ihres Wahrechtes nach einer oder der anderen Seite unliebsam geworden sind.

Es überschreitet aber die berechtigten Ansprüche an die menschliche Natur, daß ein Wähler bereit sein soll, sich und die Seinigen zu ruinieren durch Ausübung eines politischen Rechtes für eine bürgerliche Gesellschaft, die weder geneigt noch im Stande ist, solche Opfer zu ersehen.

Männer von großem Vermögen haben oftmals ihre Meinung gewechselt, oftmals gegen ihre Ueberzeugung gehandelt, um einen Ministerposten nicht zu verlieren.

Es ist sicherlich nicht in gleichem Maße unsittlich, wenn die große Anzahl Derjenigen, welche kein Vermögen besitzen, in gleicher Weise handeln, um ihr Brod nicht zu verlieren. Bei diesen verhandelt sich der Rath an ihrer eigenen Ueberzeugung zu einer vermeintlichen Pflicht gegen ihre Nächsten, die Sünde gegen die Gesellschaft zu einer vermeintlichen Tugend gegen ihre Familie.

Die namentliche protokollarische Abstimmung vereitelt daher die Wahlfreiheit und demoralisirt die Wähler.

Sie hält aber auch Viele von der Ausübung ihres Wahrechtes ab und entzieht jeder Regierung die Möglichkeit, die Meinung des Volkes kennen zu lernen, denn eine große Zahl derjenigen Wähler, welche mittelbar oder unmittelbar von der Regierung abhängen, wird stets, diese Regierung mag sein wie sie will, nach deren Wunsch stimmen.

Es vereinigen sich demnach die höchsten sittlichen Motive mit den Zweckmäßigkeitsgründen gegen die Art der durch das bestehende Wahlgesetz vorgeschriebenen Abstimmung.

Unser Gewissen und unsere Vaterlandsliebe machen uns daher zur Pflicht, hiermit die Bitte auszusprechen:

Ein hohes Haus der Abgeordneten wolle das Wahlgesetz vom 30. Mai 1849 dahin abändern, daß die protokollarische Stimmgebung aufhöre und an deren Stelle das Ballot trete.

Berlin, 29. Januar 1861.

Dem „Fr. Z.“ zufolge würde Johannes Ronge von der ihm durch den Amnestie-Erlaß gemachten Erlaubnis, nach Deutschland zurückzukehren, Gebrauch machen und am 6. März zu Breslau das Stiftungsfest der dortigen deutsch-katholischen Gemeinde mitbegehen. Ronge lebt gegenwärtig in London, wo er eine frei-religiöse Gemeinde in Verbindung mit einer deutschen und einer englischen Schule gegründet hat.

— Bekanntmachungen des hiesigen Stadtgerichts zufolge sind durch den Amnestie-Erlaß folgende Stadtbriese erlobigt: gegen den ehemaligen Lieutenant und Schriftsteller Max Kaas aus Posen, den Ober-Gerichtsassessor Adolf Lotzar Bucher aus Stolz, den Verlags-Buchhändler G. A. F. Gerhard aus Berlin, den ehemaligen Bürgermeister Martin Blath aus Weba in Hinterpommern und den Handlungsdiener Otto Anton Müller aus Berlin.

Dortmund, 3. Febr. (Nat. Blg.) In diesen Tagen ist von hier eine Petition, unterzeichnet von einer namhaften Anzahl Bürger Dortmunds, an das hohe Haus der Abgeordneten abgegangen, in welcher die dormalige Lage des Volksschulwesens in Preußen zur Sprache gebracht und das Haus ersucht wird, die königl. Staatsregierung zur Ausführung des Art. 26 der Verfassung, die Vorlage eines Unterrichtsgesetzes betreffend, noch für diese Session aufzufordern. Am Schluß der Petition referiren die Petenten ihre Anträge dahin: „daß die Schule aus dem Stande der Unmündigkeit erhoben und neben der Kirche als Hauptträger der Volksbildung gewürdigt werde; daß das Gesetz herrsche und nicht die Willkür, die Schule deshalb in den vollen Besitz der verfassungsmäßigen Rechte gelange; daß eine Organisation stattfinde, in welcher die Lehrer, die Gemeinde und die Provinzialbehörden am Selbstgovernment gebührend betheiligt sind; daß der Lehrerstand eine gründliche und höhere Ausbildung wie bisher erhalte und von drückenden Nahrungsfragen befreit werde durch die Mittel der Gemeinden und der Beihilfe des Staats. Wir wollen keine Kastenscheidung, sondern eine allgemeine menschliche.“

Wien, 4. Februar. In den hiesigen finanziellen Kreisen wird jetzt mit Lebhaftigkeit ein neues Finanzproject discutirt, welches von dem Finanzminister v. Plener dem Gesamtministerium zur Begutachtung vorgelegt ist. Es handelt sich um eine neue, 5 Procent tragende, österreichische Anleihe von hundert Millionen fl. österr. W., welche nach dem Project in folgender Weise aufgebracht werden soll:

Durch ein Gesetz soll angeordnet werden, daß über jede Zahlung von 15 fl. österr. W. und darüber von dem Zahlungsempfänger eine Quittung ausgestellt werden muß, und jede solche Quittung einen Stempel von 5 Kreuzern österr. W. zu tragen

hat. Diese Quittungstempel sind in Form abhästlicher Marken anzufertigen und überall da käuflich, wo bis jetzt Postmarken zu haben waren. Der Betrag, welcher auf diese Weise jährlich eingeht, dürfte die Summe von 10 Mill. Gulden weit übersteigen, in dem Project wird aber für den gegenwärtigen Zweck nur diese Summe als sicher angetroffen und vorgeschlagen: einem oder mehreren Kapitalisten die Einziehung dieser Steuer, also die Ausgabe und den Verkauf der Quittungstempel-Marken gegen ein Darlehen von hundert Millionen fl. pfandweise zu überlassen. Da der Verkauf der Marken täglich vor sich geht, also täglich eine bestimmte Summe in die Kasse der die Anleihe übernehmenden Gesellschaft fließt, so werden die Zinsen dieser Summen mehr als hinreichen, um die Verwaltungskosten zu decken. Die auf diese Weise jährlich eingehende Summe von 10 Mill. fl. soll nun auf folgende Art verwendet werden: a) 5 pCt. Zinsen von 100,000,000 fl. macht: 5,000,000 fl., b) zur Amortisation der Schuld: 2,500,000 fl., c) zur successiven Deckung des bei Emission der Anleihe vorausachtlichen Capitals-Verlustes: 1,250,000 fl., d) zur Zahlung einer Superdividende an die Zeichner: 1,250,000 fl., zusammen 10,000,000 fl. Sobald die Capitalabgabe gedeckt ist, wird der früher zur Tilgung benutzte Betrag (c) von 1,250,000 fl., mit zur Amortisation und zur Vergrößerung der Superdividende verwendet. Ueberschreitet, wie zu erwarten steht, der aus der zu erhebenden Quittungsteuer eingehende Betrag die angenommene Summe von 10 Millionen fl., so soll der Ueberschuß in die Staatskasse fließen, sofern es die Regierung nicht vorziehen sollte, die Mehreinnahme zur Grundlage einer neuen Anleihe zu machen.

Die Aufnahme, welche dieses Project in hiesigen Kreisen gefunden hat, ist sehr günstig.

England.

London, 4. Februar. Der Hof wird heute Mittags von Windsor nach Buckingham Palace übersiedeln, vermutlich in der ersten Hälfte des nächsten Monats Osborne auf 8—10 Tage besuchen und dann nach Windsor zurückkehren, um daselbst während des Osterfestes zu verweilen. Die Reise nach Schottland soll in diesem Jahre weit früher angetreten werden, als das sonst der Fall war, und Ihre Majestät wird vermutlich ihren Geburtstag, 24. Mai, in Balmoral feiern. Dem Vernehmen nach sieht die Königin für jene Zeit einem Besuche der Kronprinzessin von Preußen entgegen.

Am vorigen Dienstag starb, im Alter von 61 Jahren, die durch ihre Schilderungen aus der fashionablen Gesellschaft bekannte Novellistin Mrs. Gore. Die Verstorbene war eine sehr fruchtbare Schriftstellerin, indem nicht weniger als 60—70 Werke, die im Ganzen nahe an 200 Bände umfassen, von ihr herrühren.

Frankreich.

Paris, 4. Februar. Heute um 1 Uhr fand die Eröffnung der Kammern statt. Die Kaiserin, der ganze Hof, das diplomatische Corps und viele andere hochgestellte Persönlichkeiten wohnten dieser Feierlichkeit an. In dem Gefolge der Kaiserin befanden sich die Prinzessinnen Clotilde und Mathilde und die übrigen Prinzessinnen der kaiserlichen Familie. Um 1¼ Uhr erschien der Kaiser. Die Rede, der man mit größter Spannung entgegenzusehen hatte, erregte große Sensation. Was besonders in derselben auffiel, war die scharfe Betonung des Nicht-Interventions-Prinzips, das jedes Land zum Herrn für sich mache. Bemerkenswert war auch die kurze Sprache betreffs Syrien und Rom, das vollständige Uebergehen aller Großmächte und die Stelle, wo gesagt ward, daß Frankreich sich weder in einen ihm nicht anstehenden Kampf hineinziehen, noch sich durch Drohungen provociren lasse. Der Eindruck, den die Rede in Paris hervorbrachte, ist ein sehr verschiedener. Die Einen halten sie für äußerst friedlich, die Andern sehen in der Warnung, sich keinen preoccupations exagérées zu überlassen, eine gewisse Bestätigung ihrer Befürchtungen für die Zukunft, und wieder Andere meinen, die Rede lasse die Lage der Dinge eben so unklar, wie vorher. Von den halbamtlichen Blättern spricht sich nur die „Patrie“ über dieselbe aus. Sie meint, „die Worte, die der Kaiser so fest und ruhig ausgesprochen, seien die Rede des Thrones und die Stimme Frankreichs.“ Die Rede des Kaisers wurde heute Nachmittags bereits um 3 Uhr auf allen Straßen verkauft. Seit langer Zeit riß man sich nicht so um die Journale. Jeder wollte Aufschluß haben über die Lage der Dinge. Die Rente schloß zu 68, — ungefähr derselbe Cours, wie bei derselben Gelegenheit im Jahre 1859.

— Das „Journal des Debats“ spricht sich mit großem Bedauern über die angeblich sehr kriegerische Sprache des neuen Königs von Preußen aus.

— Man wird demnächst Versuche mit Zuegen zu Pferde anstellen, vorläufig nur mit einer Compagnie. Wenn die Sache sich aber bewährt, so sollen mehrere derartig costumirte Cavallerie-Regimenter gebildet werden.

Italien.

Turin, 3. Februar. Die heutige „Opinione“ berichtet: „Die Generale Pinelli und Bersegheri und der Oberlieutenant Pallavicini sind am 28. v. M. von Ascoli abmarschirt und zerstreuten die zahllosen Banden Reactionäre, welche sich im Hochthale Tronto stark verschanzten, und eine Compagnie des 39. Regiments in Aqua Santa umringt hielten. Der Feind ließ 150 Tode auf dem Plage. Der Verlust der Piemontesen ist gering. Obige Colonne vereinigte sich in Arquata mit der Colonne des 39. Regiments, welche von Ancona über Anandola dorthin marschirt. Die Brigade Ravenna ist ebenfalls von Spoleto aus auf dem Marsche in jene Berge, und man hofft von diesem Zusammenwirken die gänzliche Unterdrückung der Reaction-Banden.“

Genua, 3. Februar. Gestern trafen hier 850 neapolitanische Kriegsgefangene der fremden Bataillone ein, die einem von General Sonnaz gefangenen fliegenden Corps angehört haben sollen. Das Volk insultirte dieselben.

— Was die Politik Cavour's gegen Preußen anbetrifft, so erklärt jetzt die „Opinione“, sie nehme von den jüngsten Erklärungen der „Preussischen Zeitung“, so wenig unumwunden dieselben auch seien, Act als Zeugniß von dem Gefühle der preussischen Regierung und von den Ideen des deutschen Volkes; jedoch müsse sie daran erinnern, daß Italien Deutschland Beweise seiner friedfertigen Absichten gegeben habe, die stärker als bloße Vertheuerungen seien, und daß das Cabinet Cavour bei jeder Gelegenheit gezeigt habe, welchen hohen Werth es auf gute Beziehungen mit Deutschland lege.“

Landtags-Verhandlungen.

10. Sitzung des Abgeordneten-Hauses, vom 6. Februar.

Das Haus der Abgeordneten setzte am 6. Februar die Adress-Debatte fort bis zum 8. Mline, in welchem der Wunsch einer strengeren Abgrenzung der Justiz von der Verwaltung ausgedrückt ist. Hier nimmt der Justizminister das Wort. Derselbe versichert, daß die Regierung sich der Pflicht nicht entzogen habe, eine erhöhte Thätigkeit der Gesetzgebung herbeizuführen. Sie habe namentlich eine Reihe von Vorlagen

in das Auge gefaßt, welche in die realen Verhältnisse des Lebens eingreifen, aber ihres umfassenden Materials wegen zum Abschluß noch nicht gediehen sein könnten. Die Amtsthätigkeit des Redners habe gleichzeitig mit der des Kantones begonnen, er (Redner) habe Vieles in der Vorbereitung gefunden, aber sofort den Eintritt einer erhöhten Thätigkeit für seine Pflicht gehalten. In Bezug auf den Wunsch einer schärferen Abgrenzung von Justiz und Verwaltung sei die erweiterte Zulassung des Rechtsweges, die Zulassung der Competenz-Conflacte Gegenstand eifriger Thätigkeit der Regierung, eben so das Gesetz wegen Verfolgung der Beamten wegen Amtsvergehen. Der Minister versichert, daß diese Gegenstände schon vor seinem Amtsantritt die Regierung beschäftigt haben; für jetzt lasse sich ein Zeitpunkt, wann diese Fragen an den Landtag kommen würden, noch nicht bestimmen, an allem Eifer der Regierung werde es nicht fehlen. Verbesserungen sollten auch in dem Rheinischen Hypothekensystem bewirkt, hauptsächlich aber solle an das Substitutionswesen, an die Civil- und Strafprozeßordnung die bessere Hand gelegt werden; endlich werde die Regierung Alles thun, was in ihren Kräften steht, die deutsche Rechtsvereinigung zu fördern. Der Minister nimmt für sich die alte Wahrheit in Anspruch ad desint vires tamen est laudanda voluntas. — Die folgenden Absätze rufen keine erheblichen Einwände hervor. — Herr Buchmann spricht für eine Verbesserung der Lage der Volksschullehrer. — Der Minister des Auswärtigen spricht seine Zustimmung zu dem Passus über den Handelsvertrag mit Frankreich aus, da die Regierung hohen Werth auf ein friedliches und freundschaftliches Einvernehmen beider Nationen lege. — Die Herren v. Berg und Herrmann befürworten eine Empfehlung des Antrages auf Verbesserung der Fluss-Schiffahrt.

Zu einer belebten Debatte führte das 12. Mline: Die Verhältnisse der auswärtigen Politik. Hr. v. Berg vertheidigt sein gestern eingebrachtes Amendement: Wunsch nach einem selbstständigen, von Frankreichs Einfluß freien Italien bei Wahrung der Integrität des deutschen Bodens. Der Redner kritizirt die italienischen Zustände; Italien sei, wenn nicht der Träger, so doch der Erbe der Revolution, und die preussische Regierung habe darnach ihren Standpunkt abzuwägen. Nach der Räumung Neapels durch Franz II. habe Mazzini eben sowohl das Recht gehabt, die Republik zu verkünden, als Victor Emanuel, seine Herrschaft aufzurichten; daß König Franz nicht mit eigenen Truppen gelämpft, dürfte kein Vorwurf sein; denn so gut es der Revolution freistand, Ungarn und Domsche in ihre Heere aufzunehmen, so gut mußte es König Franz gestattet sein, Oesterreich und Bayern aufzunehmen. Der Redner will ein geeinigtes Italien, ohne Zerstörung des Kirchenstaates, für welche weder eine Nothwendigkeit sich einsehen, noch der rechte Zeitpunkt sich erkennen lasse. Dann aber brauche Deutschlands Sicherheit ein von Frankreichs Einfluß befreites Italien. Wenn Deutschland zur Einigung Italiens einwirken soll, so bedürfe eines Unterpfandes, wie es Frankreich in Händen habe, um sich in dem piemontesischen Italien nicht eine Vormauer, sondern einen bitteren Feind zu erblicken. Während Deutschland im Norden und Westen Verluste erlitten, sei es gegen die Aorta vorgegangen und hier müsse es seine Wachststellung zu eigener Sicherheit behaupten. Der Redner will nicht den Venetianern ihr gutes Recht verhandeln, allein es will es ihnen erst zuerkennen, wenn der italienische Staat eine Wahrheit geworden; so lange er im Werden begriffen, habe Deutschland noch keine Pflicht, ein Land, welches ihm in national-ökonomischer Hinsicht wichtig ist, abzutreten. Preußen habe keine Bundespflicht, für Venetien einzutreten, aber eine moralische Pflicht gegen Deutschland. Mit Oesterreich trete als der letzte Staat der nach Preußen mächtigste ein, der bald auch seinen Volke Antheil an seiner Gesetzgebung verleihen wird; dann aber wird jeder gleich eingerichtete Staat in Deutschland die Pflicht haben, mit Oesterreich für ein Eigentum einzutreten. Oesterreich habe viel Unrecht gethan, allein man unterscheide ja sonst so scharf zwischen Volk und Regierung, wolle man denn des österreichischen Volkes gar nicht gedenken? Man möge an den Antagonismus zwischen Süd- und Nord-Deutschland denken, und durch eine Parteimahne gegen das österreichische Volk nicht fördern. Man möge bedenken, daß Oesterreich und Bayern, wenn Oesterreich in den jetzigen Wirren zu Grunde gehen würde, Rücksicht von Preußen fordern könnten, daß es dem Untergange ruhig zusehe. Von diesem Gesichtspunkte gehe das Amendement des Redners aus, für dessen Aufrechthaltung er nur dann stimme, wenn das Amendement von Vinde stehen bleibe.

Mathis (Barnim) spricht gegen beide Amendements.

Nachdem der Abg. Dunder für das Amendement v. Vinde gesprochen, erörtert der Minister des Auswärtigen, v. Schlegel, den Standpunkt der Regierung. Er tritt gegen die souveräne Bedeutung der nationalen Principien auf. Sollte der ernliche Versuch gemacht werden, das europäische Staatsgebäude nur nach ihnen aufzubauen, so würde das ein welterschütterndes Ereigniß sein. Das Nichtinterventions-Prinzip ist nicht überall maßgebend anzusehen; mögliche Conflcte, die Stellung der europäischen Mächte, das mangelnde Interesse, die Entfernung vom Kriegsschauplatz erheben eine zuwartende und beobachtende Stellung für die Interessen Preußens. Durch Sympathien und Antipathien läßt sich Preußen weder im Innern noch Außen bestimmen. Nirgends ist bestritten, daß Venetiens Besitz von großer militärischer strategischer Bedeutung für Oesterreich und Deutschland sei; der Generalsstab theilt diese Ansicht im vollsten Maße. Die preussische Regierung kann der österreichischen die Verschleifung Venetiens nicht anrathen. Der v. Vinde'sche Antrag würde die Politik der Regierung festeln. Die Bewegung kann eine Ausdehnung gewinnen, daß wir thatsächlich einschreiten müßten, z. B. wenn deutsches Bundesgebiet verletzt würde. Der Minister bittet um Ablehnung des Amendements.

Alsdann spricht Herr v. Vinde. Doch hierüber wie über die andern Redner morgen.

Resultat der Debatte ist, daß das Vinde'sche Amendement mit 157 gegen 146 Stimmen angenommen wird.

Danzig, den 6. Februar.

Da heute die von Berlin nach hier bestimmten Briefbeutel und einige Zeitungspakete in Dirschau aus Besehen nach Königsberg expedirt und daher weder mit dem Mittags- noch mit dem Nachmittagszuge hier angekommen sind, so befinden wir uns heut außer Stande, die neuesten Kammerverhandlungen, Depeschen und Correspondenzen mitzutheilen.

* Der hiesige königl. Niederländische Consul, Herr G. F. Zoeling, erläßt heute einen Aufruf (s. Anzeigen) zur Unterstützung der durch Ueberfluthung der Dämme in Holland in schreckliche Noth gerathenen dortigen Städte und Dörfer, bei welcher Calamität noch der Verlust vieler Menschenleben zu beklagen ist. Herr Zoeling erinnert an die thätige Hilfe der Holländer, als im Jahre 1829 unsere Gegend auch durch Ueberfluthung litt und hofft, daß der Wohlthätigkeitsinn Danzigs sich auch bei dieser Gelegenheit bewähren werde.

* Von den Verhandlungen der gestrigen Sitzung des Aeltestencollegiums theilen wir folgende mit: Zunächst wird berichtet, daß die Herren Stadtrath Bloch und Sanitätsrath Dr. v. Duisburg die Ordnung des zur Cabrin'schen Galerie gehörigen Kupferisch-Cabinet's beendigt haben. Das Collegium beschließt, diesen Herren für ihre fast 9 Monate fortgesetzte Mithewaltung seinen besondern Dank auszusprechen. — Das französische Generalkonsulat zeigt dem Collegium an, daß im Mai dieses Jahres in Metz eine große Industrie-, Ackerbau- u. Ausstellung stattfinden werde. — Ein Rescript des Herrn Handelsministers macht bekannt, daß nach Anzeigedes preuß. Generalkonsuls in Warschau die grünen polnischen 1/2 Bankrubelscheine nur bis ult. Februar in den Staatskassen in Polen angenommen werden. Nach diesem Termine werden sie nur bei der Polnischen Bank und zwar gegen hellaußfarbige eingetauscht. Der Herr Finanzminister hat den Vorschlag des Aeltestencollegiums: zur Vermeidung der Zwangselbstentzungen, welche sich aus § 20 des Stempelgesetzes bei der Wechselstempelung ergeben haben, Stempelmarken einzuführen, zurückgewiesen. — Ferner wird mitgetheilt der Bericht der Hafencommissarien an die königl. Regierung über diejenigen Hafengebäuden, deren Ausführung in diesem Jahre wünschenswerth ist. Der Bericht hebt insbesondere hervor, daß der Hafencanal zu Neufahrwasser bei dem Anfange, welchen der Handelsverkehr in den

